

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/247

Bonn, den 29. Dezember 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 2a Einen spannungsreichen Jahr entgegen 121

Von Dr. Alex Möller, MdB,

Mitglied der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft

3 - 4 Manipulation des Bundeshaushalts im Wahljahr 77

Von Max Seidel, MdB,

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

5 Italien nach der Wahl Saragats 48

Vor neuer Situation - KPI will sich "einbauen"

ZUR BEACHTUNG

Betrifft: West- Osthandel:

- * Die Bundesregierung hat am Montag dieser Woche mehrere Korrespondenten deutscher und ausländischer Zeitungen wissen lassen, sie sei erst vor einer Woche darüber unterrichtet worden, daß eine amerikanische Firma - gekoppelt mit einer französischen Tochtergesellschaft - einen Liefervertrag für den Bau einer Chemiefaserfabrik in der SBZ abgeschlossen habe. Diese Mitteilung ist merkwürdig. Das Messeamt in Leipzig gibt während und nach jeder Messe eine verhältnismäßig genaue Übersicht über alle Auslands- und Inlandsabschlüsse, die in Leipzig getätigt werden. Auch die in Leipzig ausstellenden Auslandsfirmen geben regelmäßige Bekanntmachungen heraus, in denen zu lesen ist, welche Abschlüsse während der Messe zustande gekommen sind. Bei dem riesigen "Apparat", der der Bundesregierung zur Verfügung steht, wäre es ein Leichtes gewesen, diese Abschlüsse auch ohne offizielle Informationen durch Washingtoner Stellen zur Kenntnis nehmen zu können. - Die Redaktion

Einem spannungsreichen Jahr entgegen

Von Dr. Alex Köller, MdB,

Mitglied der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft

Wieder einmal stehen wir an der Schwelle eines neuen Jahres, und wieder ranken sich Hoffnungen, Wünsche und Erwartungen um die barge Frage nach seinem Verlauf. Trotz unserer menschlichen Unkenntnis selbst der nächsten Zukunft, die auch durch noch so verfeinerte Elektronengehirne nicht behoben werden kann, lassen sich doch Entwicklungslinien aus den uns bekannten Tatsachen ableiten, stehen einige markante Daten bereits fest. Während die weltpolitische Lage eine deutliche Tendenz zu weiteren Entspannungen zeigt, ziehen bedrohliche dunkle Wolken am Horizonte unserer Innenpolitik auf. Sie werden angeblasen von dem immer schärfer werdenden Wind, den die Bundestagswahl am 19. September 1965 begünstigt, und doch ist es nur unmittelbar diese Wahl, die den politischen Ausblick auf das kommende Jahr trübt.

* * *

Im Vordergrund stehen wieder einmal die Finanz- und die Steuerpolitik. Ich habe unlängst schon im Bundestag darauf hingewiesen, daß die wichtigste finanzpolitische Aufgabe des nächsten Jahres in der Verhinderung der drohenden finanzpolitischen Anarchie liegt, von der nach Auffassung einer so angesehenen Zeitung wie der FAZ seit ein paar Wochen die Rede sei. Wie schließlich hinzugefügt wird, rechtfertigte das, was sich gegenwärtig in der Finanzpolitik abspielt und was sich weiter abzuspielen droht, diese harten Worte.

Die Einigung über den gemeinsamen europäischen Getreidepreis macht hinsichtlich der finanziellen Folgen das Maß voll. Bekanntlich hat Bundeskanzler Erhard der Landwirtschaft für die Getreidepreissenkung, die erst 1967 wirksam wird, für 1965 840 Millionen DM zusätzlich und später mindestens 1,1 Milliarden DM jährlich versprochen. Woher er diese Beträge nehmen wird, steht noch nicht fest. Man darf gespannt darauf sein, denn an dem Etatrahmen von 63,9 Milliarden DM für 1965 soll im übrigen nach wie vor unbedingt festgehalten werden.

Wenn man bedenkt, daß der vorgelegte Haushaltsentwurf schon vorher nur dadurch in Einnahmen und Ausgaben auf diesen Betrag gebracht worden ist, indem man für die Exekutive die globale Ermächtigung zu entsprechenden Minderausgaben beanspruchte, kann man mit Fug und Recht feststellen, daß es mit der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit nicht gut bestellt ist. Für solche Milliarden-Beträge, die hier großzügig verteilt werden, fehlt noch jeder Deckungsvorschlag. Das Wort vom Maßhalten wird zur tragikomischen Persiflage. Die Haushaltspolitik ist ins Wanken geraten.

In einer Studie des Instituts Finanzen und Steuern, das wohl keiner parteipolitischen Beziehungen zur SPD verdächtigt werden kann, wird festgestellt, daß nicht einmal in allen Fällen bestimmt sei, welchen konkreten Verwendungszwecken die der Landwirtschaft vom Bundeskanzler versprochenen zusätzlichen Milliarden-Beträge zugeführt werden sollen. Die Bundesregierung habe mit ihrer Zusage den Ausgleich des Haushalts 1965 gefährdet und darüber hinaus auch die Möglichkeiten einer geordneten Finanzwirtschaft der Jahre 1966 und 1967 in Frage gestellt.

Bekanntlich hat selbst der Bundesfinanzminister den Standpunkt vertreten, der Etat 1965 verträge keine zusätzlichen Mehrausgaben. Da es insofern, wenn nicht andere wichtige Bereiche der Wirtschaft und unseres sozialen und gesellschaftlichen Lebens vernachlässigt werden sollen, bestenfalls durch Ansteigen ungedeckter Ausgabereste zu einer Ausgabenverschiebung auf den Etat 1966 kommen wird, läßt sich für dieses Jahr - das allerdings dann erst *n a c h* der Bundestagswahl folgt - ein Zusammenbruch des Haushaltes voraussehen. Insofern dürfte der Schlußfolgerung der Studie mit Nachdruck beigespflichtet werden müssen, daß eine Deckung von Ausgaben, die sich nur durch Mehrbelastungen des nächsten Jahres erreichen lassen, nicht als echte Deckung angesehen werden kann.

* * *

Auf diesen Zusammenhang muß gerade jetzt mit besonderer Betonung hingewiesen werden, denn eine Regierung ist dem ganzen Volke gegenüber verpflichtet und kann nicht nur von Wahl zu Wahl denken. Was sagte Ludwig Erhard in seiner Regierungserklärung am 18. Oktober 1963?

* "Je größer der Druck der Verbände und Gruppen den Gang der Politik,
* je ungehemmter der Egoismus von Teilgewalten sich entfesselt, um so
* entschiedener ist es aller verantwortlichen Kräfte - und in besond-
* ren Maße der Bundesregierung - aufgegeben, für die Respektierung des
* Gemeinwohls Sorge zu tragen."

Erinnert er sich dieser seiner eigenen Worte noch? Wie ein Kanakel stehen die Schlußsätze seiner Regierungserklärung über seiner Regierungszeit, jene Dichterworte:

* "Denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend geseht
* ist,
* Der vernehret das Übel und breitet es weiter und weiter;
* Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich."

Das "Weihnachtsmann-Prinzip", von dem kürzlich eine bekannte Tageszeitung schrieb, ist kein Ersatz für politische Führung. Das Fehlen einer klaren Konzeption und der Mangel an fest umrissenen Richtlinien charakterisieren den Regierungsstil des jetzigen Kanzlers und lassen für die nächste Zeit Schlimmes befürchten.

Unvergessen ist in diesem Zusammenhang beispielsweise die ein Jahr zurückliegende Affäre der Erhöhung der *K r i e g s c o p f e r r e n t e n*. Für diesen Zweck sollte anfangs "kein Geld" vorhanden sein, und die Regierung sträubte sich gegen jedes Entgegenkommen, obwohl es um die Erfüllung einer moralischen Verpflichtung ging. Später standen die erforderlichen Gelder aber doch zur Verfügung. Erst wurde "härteste Härte", dann "Umfall" demonstriert; eine Paradestück Erhard'scher Politik.

Ihm folgten zahlreiche andere, besonders augenfällig auch der Beschluß über die Erhöhung der *T e l e f o n g e b ü h r e n*, da das Defizit der Post durch den Bundeshaushalt nicht zu decken sei. Später war aber doch noch ein Betrag für diesen Zweck vorhanden. Das Fazit: Nach der Erhöhung der Gebühren folgte die teilweise Rückgängigmachung schon nach kurzer Zeit.

* * *

Mit einem solchen Zick-Zack-Kurs kann man versuchen, die Streitigkeiten innerhalb der Regierungskoalition bis zu den Wahlen zu begrenzen; mit Versprechungen und Ankündigungen auf der einen Seite und

mit Hinhalten und Verzögerung auf der anderen Seite kann man den Mangel an politischer Führung zu verschleiern versuchen - wird man aber damit seiner Verantwortung gerecht? Das ist und bleibt die entscheidende Frage. Die dringend anstehenden, aber noch immer unerledigten Gesetzesvorlagen lassen gesellschaftspolitische Spannungen entstehen, die für unser Volk schlimme Folgen haben können.

Die dringend notwendige **F i n a n z r e f o r m**, die endlich einen gerechten finanziellen Ausgleich zwischen den drei Gebietskörperschaften, Bund, Ländern und Gemeinden, herbeiführen soll, läßt immer noch auf sich warten.

- * Und wie steht es um die Eigentumbildung für die finanziell schwachen Bevölkerungsschichten,
- * die Harmonisierung der Sparförderungsgesetze,
- * die Sozialpolitik aus einem Guß,
- * die Gleichstellung der Arbeiter bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall,
- * die Neuregelung der Krankenversicherung,
- * die Reformen des Strafrechts,
- * die Umsatzsteuerreform
- * und eine konstruktive Agrarpolitik?

Bezüglich der Steuerpolitik ist noch zu sagen, daß die Koalition ihr eigenes Bewertungsgesetz, das eine der wichtigsten Steuervorlagen darstellt, wegen der Widerstände der bisher Begünstigten in ihren eigenen Reihen nicht durchbringen wird. Ein neues Bewertungsgesetz ist aber die zwingende Voraussetzung für die notwendige Finanzreform. Auf die großen Gemeinschaftsaufgaben des deutschen Volkes zur Sanierung der Infrastruktur ist bei diesem Katalog mit besonderem Nachdruck hinzuweisen. - Wenn man nun seit neuestem demagogische Angriffe auf die SPD beginnt und vage Unterstellungen ins Feld führt, bloß weil man aus Angst vor der Geschlossenheit und Einmütigkeit dieser Partei ihre Programme nicht genau liest oder ihre Terminierung nicht zur Kenntnis nehmen will, so läßt sich daraus beim besten Willen kein Ersatz für die notwendige politische Leistung erblicken.

- * Es sollte aller diesen Demagogen erneut in die Erinnerung gerufen werden, daß das Regierungsprogramm der SPD für die vierte Legislaturperiode nicht nur anerkannt realistisch war, was heute von niemanden mehr ernstlich bestritten werden kann, sondern auch auf ausgeprägten Deckungsvorstellungen beruhte. Allen damaligen Unken-Rufen zum Trotz!

Im Übrigen käme beispielsweise in England wohl niemand auf den Gedanken, vom Schatzkanzler Einblick in sein Köfferchen zu verlangen, bevor er seine Budgetrede im Parlament gehalten hat. Der Haushaltsplan spiegelt alljährlich die konkrete Regierungspolitik wider, und in seiner jeweiligen Ausgestaltung liegt die Verantwortlichkeit der Regierung. Alle scheinbaren Blicke auf die Opposition und ihre Pläne sind längst durchschaute Manöver bewußter Ablenkung vom Wesentlichen. Noch immer steht die derzeitige Regierungskoalition in der unmittelbaren Verantwortung. Möge sie deshalb, statt zu drehen und zu deuteln, vernünftige Politik betreiben.

Es geht nicht mehr um billige Parteipolemik. Was die Regierenden heute versäumen, was heute falsch gemacht wird, das hat später das ganze Volk auszubezahlen, und die nächste Regierung steht dann vor einem politischen Scherbenhaufen.

Wer kann das wünschen?

Manipulation des Bundeshaushalts im Wahljahr

Von Max Seidel, MdB,

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Ende Januar wird der Haushaltsausschuß des Bundestages seine Beratungen über den Entwurf des Bundeshaushalts 1965 abschließen können. Die zweite und dritte Lesung und damit die Verabschiedung des Bundeshaushalts kann daher bereits im Februar erfolgen. Seit Jahren ist dies der erste Termin, welcher der Inkraftsetzung des Haushaltsgesetzes (1.1.1965) am nächsten kommt. Das ständige Drängen und Mahnen der SPD-Bundestagsfraktion auf zeitgerechte Verabschiedung des Haushaltes hat somit einen Teilerfolg gehabt. Es hat schon erhebliche Bedeutung, ob dieser 63,9 Milliarden DM-Etat am Anfang oder erst in der Mitte des Rechnungsjahres verabschiedet wird. Solche Zeitpunkte beeinflussen die Disposition und die Abwicklung des Etats außerordentlich.

Haushaltswahrheit und -klarheit lassen zu wünschen übrig

So erfreulich der zeitliche Gewinn durch die frühe Verabschiedung des Haushaltes vermerkt werden kann, so unerfreulich bleibt der Entwurf des Etats selbst, den die Bundesregierung dem Parlament vorgelegt hat. Das Prädikat der Haushaltswahrheit und der Haushaltklarheit kann diesem Entwurf nicht gegeben werden.

Dem Bundesfinanzminister fehlte am Ende seiner Vorbereitungen mit den Ressorts im Entwurf die erhebliche Summe von 1 Milliarde 124 Millionen DM zum Ausgleich des Etats. Statt zu einer selbstverantwortlichen Entscheidung zu kommen und die große Fehlsumme auf einzelne Etatpositionen zu verteilen, griff er zu dem bequemsten Weg der Veranschlagung von globalen Minderausgaben und erzwang damit den Ausgleich auf dem Papier.

Das geschah in zweifacher Art. Einmal in Höhe einer fünf Prozent-Kürzung aller nicht auf Rechtsverpflichtungen beruhenden Ausgaben. Das sind 592 Millionen DM. Zum anderen in der Ausweisung von weiteren globalen Minderausgaben in Höhe von 651 Millionen DM, diesmal verteilt auf 12 Ressorts. Beide Beträge zusammen ergeben den oben genannten Gesamtfehlbetrag.

Haushaltsausschuß als "Buchhalter"

Interessant die Auswahl der Ressorts und die Höhe der Summen die der Finanzminister anordnete:

04 Bundeskanzleramt	8 Millionen DM
06 Bundesminister des Innern	60 " "
08 Bundesminister der Finanzen	17 " "
09 Bundesminister der Wirtschaft	40 " "
10 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	250 " "
11 Bundesminister für Arbeit	100 " "
15 Bundesminister für Gesundheitswesen	4 " "
24 Bundesschatzminister	5 " "
25 Bundesminister für Wohnungswesen	70 " "
27 Gesamtdeutsche Fragen	2 " "
35 Verteidigungslasten	20 " "
36 Zivile Verteidigung	75 " "

651 Millionen DM

Der Einzelplan 14 (Verteidigung) mit seinen rund 19,2 Milliarden DM bleibt unangetastet.

Dem Haushaltsausschuß war damit die Aufgabe zugeschoben, für den Bundesfinanzminister den Buchhalter abzugeben und die ausgewiesenen Summen in den 12 Ressorts bei seinen Beratungen zusammenzustreichen. Zwangsläufig ergab es sich während der Beratungen des Haushaltsausschusses, daß die Streichungsvorschläge bei einigen Ressorts von Anfang an Illusionen waren. Nicht eine DM konnte manchmal eingespart werden. (Als ob das der Finanzminister nicht vorher gewußt hätte) In anderen Ressorts wurde nur ein Teil der erwünschten Einsparungen erreicht und das, obwohl die Mitglieder des Haushaltsausschusses den Rotstift erstickhaft bemühten.

Wer die Position des Haushaltsausschusses gegenüber der Bundesregierung richtig wertet, wird zugeben, daß man ihm hier eine Streichungsrolle zugerufen hat, die er niemals voll ausführen konnte. Es ist bedauerlich, daß sich die Mehrheit des Parlaments und des Ausschusses diese Streichungsrolle aufdrängen ließ. Solch' unfertiger Haushaltsentwurf hätte dem Bundesfinanzminister zurückgegeben werden müssen. Der papierene Ausgleich war unkorrekt, nicht praktikabel und dem Parlament und Ausschuß unzumutbar. Allerdings schluckt die Koalition des Bundestages alles was ihr die Bundesregierung bietet. Sie empfindet offenbar nicht einmal die unwürdige Rolle, in die sie hineinmanövriert wird.

Exekutive bleibt Herr der Finanzsituation

Ob sich die Exekutive des Finanzministeriums ins Fäustchen lacht, weil der Haushaltsausschuß an der ihm zugeschobenen Aufgabe gescheitert ist? Schließlich muß ja der noch verbleibende Pehibetrag im Entwurf eingespart werden. Entweder wird die Globalkürzung 5 Prozent auf einen höheren Prozentsatz gesetzt oder die Ressorts, bei denen die volle Einsparung nicht erzielt wurde, werden verpflichtet, im Laufe des Rechnungsjahres die offenen Beträge herauszuwirtschaften. Auf alle Fälle bleibt dieser Methode des Finanzministers und der Koalition die Exekutive Herr der Etatsituation, denn sie bestimmt letzten Endes in welchen Positionen des Etats die Kürzungen im Verlauf des Jahres erfolgen. Nach Verabschiedung des Gesamtetats hat das Parlament darauf keinen Einfluß mehr.

Offene Fragen

Auf den wirklichen Ausgleich des vorliegenden Etatentwurfes und der Einlösung neuester finanzieller Zusagen an die Landwirtschaft und einiger hundert Millionen DM Kosten aus neuen Gesetzen - alles im Rahmen dieses Haushaltes - darf man gespannt sein.

- * Greift die Bundesregierung erstmals den jaarelang als TABU bezeichneten Verteidigungsetat an und kürzt ihn mehr als eine Milliarde DM?
- * Verschiebt die Koalitionsmehrheit die Termine der neuen sozialen Gesetze so, daß deren finanzielle Auswirkungen den Haushalt 1965 nicht mehr belasten? - Oder gibt der gepriesene Konjunkturoptimismus Anlaß zu höheren Schätzungen der Einnahmen?

Der Bürger soll wissen, woran er ist

Im Wahljahr sind a l l e diese finanzpolitischen Erwägungen bei der Bundesregierung möglich. An wohlfeilen Begründungen wird man es gewiß nicht fehlen lassen. Es gehört zur Aufgabe der SPD, dem Wähler zur rechten Zeit über die wirkliche Haushaltelage und finanzielle Situation des Bundes reinen Wein einzuschenken. Die Bundesregierung gefällt sich nämlich in der Rolle, anderen finanzielle Illusionen nachzusagen, sich selber jedoch als "unbeugsame Maßhalter" zu propagieren, obwohl ihre finanziellen Praktiken von ständigen Lavieren, Spekulieren und von Transaktionen im Bundeshaushalt ausgefüllt ist. Weder in der Programmierung noch in der Etatierung zeichnet sich die klare Linie solider Haushaltspolitik der Bundesregierung ab.

Italien nach der Wahl Saragats

Vor neuer Situation - KPI will sich "einbauen"

sp - War es schon ungewöhnlich, daß der Wahlakt zum Präsidenten der italienischen Republik 20 mal wiederholt werden mußte, bis schließlich beim 21. Mal ein neuer Präsident gekürt werden konnte - der bisherige Außenminister und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Italiens, Giuseppe Saragat - so ist es noch ungewöhnlicher, daß zum ersten Mal in der Geschichte der westlichen Demokratien Kommunisten und Christdemokraten gemeinsam für den gleichen Mann ihre Stimmen abgaben. Bisher haben die Kommunisten eine solche "Koalition" abgelehnt; von den Christdemokraten ganz zu schweigen. Die Kommunisten haben in allen Ländern, wo unter Umständen ein untadeliger Demokrat gewählt werden konnte, stets die Kandidatur ihres eigenen Kandidaten aufrecht gehalten.

In Italien ergibt sich jetzt nach der Wahl Saragats eine völlig neue politische Situation. Der gewählte Präsident muß natürlich seine Parteiämter niederlegen, wodurch eine alte politische und zum Teil auch persönliche Rivalität zwischen dem Linkssocialisten Nenni und dem Sozialdemokraten Saragat der Geschichte angehört. Wer die italienische Sozialdemokratie als neuen Mann an die Spitze der Partei stellen wird, ist noch nicht klar.

Auch bei den italienischen Christdemokraten dürfte sich nach den 20 vergeblichen Wahlgängen, während der sich die Partei mehrfach in mehrere Flügel aufspaltete, manches ändern. Im Augenblick scheint es so zu sein, daß sich diejenigen Kräfte bei den italienischen Christdemokraten durchgesetzt haben, die unbedingt an einer Koalition mit den Sozialdemokraten und wenn möglich sogar mit den Linkssocialisten festhalten wollen. Das könnte unter Umständen zur Spaltung der Partei führen.

Zunächst ist jedoch damit zu rechnen, daß sich nach dieser einmaligen Marathon-Wahl die Parteien selbst auf sich besinnen wollen, um im neuen Jahr mit neuen Männern und neuen Ideen antreten zu können. Die Vielschichtigkeit des politischen Lebens in Italien, besonders aber der Druck einer relativ festgefügtten kommunistischen Partei auf das Geschehen in Wirtschaft und Gesellschaft könnte zu manchen Überraschungen führen. So wird heute zum Beispiel schon in Rom behauptet, die italienischen Kommunisten hätten durch ihr Zusammengehen mit den Christdemokraten und Sozialdemokraten den kommunistischen Parteien in anderen Ländern zeigen wollen, wie sich eine moderne kommunistische Partei in demokratischen Staaten einfügt. Denn selbstverständlich werden die italienischen Kommunisten versuchen, von den Christdemokraten und Sozialdemokraten einen möglichst hohen Preis für ihre Stimmenabgabe zu erhalten. Auch Nennis Linkssocialisten werden Wert auf die Feststellung legen, daß ohne sie in Italien keine Politik gemacht werden kann.

Bei allen diesen Erwägungen ist es gut zu wissen, daß der neue italienische Präsident Giuseppe Saragat ein Mann mit festen Grundsätzen ist, der schon mehr als einmal in seinem bewegten Leben bewiesen hat, wie treu er zu den Prinzipien der Demokratie steht.